

A N L A G E BerRehaG

Angaben zum Antrag auf berufliche Rehabilitation

Vorbemerkung:

Vom **Beruflichen Rehabilitierungsgesetz** (BerRehaG) werden **arbeitsrechtliche Eingriffe** in den Beruf oder eine berufsbezogene Ausbildung (z.B. Kündigung, Herabstufung, erzwungener Aufhebungsvertrag) erfaßt, wenn es sich um Maßnahmen politischer Verfolgung handelt.

Bei **hoheitlichen Eingriffen** in den Beruf oder die Ausbildung (z.B. Entlassung bei den bewaffneten Organen, Exmatrikulation vom Studium, Entzug der Gewerbeerlaubnis) **muß zunächst das verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsverfahren** durchlaufen werden. Liegt die berufliche Benachteiligung in einer zu Unrecht erlittenen Freiheitsentziehung, muß vor der beruflichen Rehabilitation ein strafrechtliches Rehabilitierungs- oder Kassationsverfahren durchgeführt worden sein. Eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes reicht aus, wenn diese sich auf einen Gewahrsam in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone/DDR bezieht und vor dem Inkrafttreten des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (4.11.1992) beantragt worden ist oder wenn der Gewahrsam nicht Gegenstand eines Rehabilitierungsverfahrens sein kann (Internierung oder Verurteilung durch sowjetische Organe).

Eine **vorläufige Rehabilitierungsbescheinigung** nach dem BerRehaG kann erteilt werden, ohne daß die genannten Verfahren vorgeschaltet werden. Sie kommt in Betracht, wenn kurzfristig ein Antrag auf bevorzugte Förderung einer Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme, auf Ausgleichsleistungen bei besonderer Bedürftigkeit oder auf eine Ausnahme von der Altersgrenze des Bundesausbildungsförderungsgesetzes gestellt werden soll.

d) Universität/Hochschule (auch Fernstudium):

Hochschule: in: vom: bis:

.....
.....
.....

Studienrichtung:

Abschluß: ja nein

Falls ja, Abschluß als:

Hochschule: in: vom: bis:

.....
.....
.....

Studienrichtung:

Abschluß: ja nein

Falls ja, Abschluß als:

e) Berufsausbildung:

Ausbildungsstätte: in: vom: bis:

.....
.....
.....

Abschluß: ja nein

Falls ja, Abschluß als:

Ausbildungsstätte: in: vom: bis:

.....
.....
.....

Abschluß: ja nein

Falls ja, Abschluß als:

(Bitte vorhandene Unterlagen über die Schul-/Berufsausbildung der/des Verfolgten, wie z.B. Zeugnisse, in beglaubigter Fotokopie beifügen.)

2. Angaben zum beruflichen Werdegang

Arbeitsstellen in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR:

Bitte die Seiten über Arbeitsrechts- und Sozialversicherungsverhältnisse aus dem Sozialversicherungsausweis vollständig (einschließlich der Angaben zu Ihrer Person) in beglaubigter Fotokopie beifügen. Falls Sie Ihren Sozialversicherungsausweis bei einer anderen Behörde vorgelegt haben, dann füllen Sie bitte die Einverständniserklärung auf Seite 11 dieser Anlage aus.

Soweit Sozialversicherungsausweise nicht vorliegen (bitte begründen), sind folgende Angaben erforderlich, die durch entsprechende Beweismittel (z.B. Arbeitsvertrag, Arbeitgeberzeugnis) zu belegen sind:

Zeitraum (Tag/Monat/Jahr): vom bis

Name und Sitz des Arbeitgebers/ Unternehmers	Haupterwerbszweck bzw. Funktion des Betriebes (ggf. der größeren Unternehmens- einheit)	Art der Tätigkeit (genaue Berufs- stellung)
.....
.....

Wöchentliche Arbeitszeit: Vollzeitbeschäftigung ja

Bei stundenweiser Beschäftigung ab 1.1.1950:

tatsächliche Arbeitszeit in Stunden:.....

vollbetriebliche Arbeitszeit pro Woche in Stunden:.....

Erhöhter Beitragssatz zur bergbaulichen Versicherung: ja nein

Nur für Beschäftigte im Bereich der Seeschifffahrt/ Seefischerei:

Dienststelle/ Dienstgrad:.....

Fahrtbereich:.....

Art und Größe des Schiffes:.....

(Angaben zu weiteren Arbeitsstellen ggf. auf gesondertem Blatt. Siehe dazu Anlage zu Nr. 2 auf Seite 12.)

3. Art der ausgeübten Tätigkeit, Arbeitsstelle und Branche zum Zeitpunkt des Beginns der Verfolgung:

.....

danach:

jetzt bzw. zuletzt

4. Worin bestand der Eingriff in Ihren Beruf oder Ihr berufsbezogenes Ausbildungsverhältnis, dem Sie in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR aus politischen Gründen ausgesetzt waren?

.....

.....

.....

.....

(Bitte Beweismittel beifügen)

5. Ist Ihre berufliche Benachteiligung auf

a) eine in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR zu Unrecht erlittene Freiheitsentziehung, deren Rechtsstaatswidrigkeit durch eine Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung festgestellt worden ist, zurückzuführen?

ja nein

b) einen in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR erlittenen Gewahrsam, der

nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) in einer Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG anerkannt worden ist, zurückzuführen?

ja nein

c) eine hoheitliche Maßnahme, die nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz aufgehoben oder als rechtsstaatswidrig festgestellt worden ist, zurückzuführen?

ja nein

Bitte Ablichtung der Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung, der Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG oder des Bescheides über Ihre verwaltungsrechtliche Rehabilitierung beifügen.

Falls eines der o.g. Verfahren noch läuft:

Antrag auf Rehabilitierung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) wurde am bei dem (Gericht)..... gestellt.

Az.:

Antrag auf Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) wurde am..... bei der/dem (HHG-Behörde).....gestellt. Az.:.....

Antrag nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz wurde ambei der/dem (Reha-Behörde).....
.....gestellt. Az.:.....

Wenn die genannten Verfahren nach dem StrRehaG oder dem HHG noch nicht abgeschlossen sind und Sie eine vorläufige Rehabilitierungsbescheinigung benötigen, weil ein Antrag auf bevorzugte Förderung einer Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme, auf Ausgleichsleistungen bei besonderer Bedürftigkeit oder auf eine Ausnahme von der Altersgrenze des BAföG gestellt werden soll, dann machen Sie bitte auf einem gesonderten Blatt detaillierte Angaben zu der erlittenen Freiheitsentziehung und fügen Sie die hierüber vorhandenen Beweismittel bei. Die Rehabilitierungsbehörde wird in diesem Falle in der Regel zur Glaubhaftmachung Ihrer Angaben eine eidesstattliche Versicherung von Ihnen verlangen.

Hinweis: Die Fragen Nr. 6 und 7 müssen Sie beantworten, wenn Frage Nr. 5 verneint wurde oder wenn über die in einer Rehabilitierungs- /Kassationsentscheidung oder Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG anerkannten Gewahrsamszeiten hinausgehende Verfolgungszeiten geltend gemacht werden.

6. Was waren die Gründe für Ihre berufliche Benachteiligung?

.....
.....
.....
.....

7. Warum hat es sich bei der beruflichen Benachteiligung Ihrer Ansicht nach um politische Verfolgung gehandelt?

.....
.....
.....
.....

8. Wie hat sich die Benachteiligung für Sie ausgewirkt?
(z.B. Arbeitslosigkeit, Minderverdienst, sonstige Nachteile)

.....
.....
.....
.....

(Bitte entsprechende Beweismittel beifügen.)

9. Wie lange dauerte die erhebliche berufliche Benachteiligung an?

Art des Nachteils:

vom:

bis:

.....
.....
.....
.....

Hinweis: Die Fragen 10 bis 17 betreffen den Ausgleich von Nachteilen in der Rentenversicherung. Die Beantwortung der Fragen ist nur für Zeiträume erforderlich, für die eine politische Verfolgung geltend gemacht wird.

10. Versicherungsnummer der Rentenversicherung:

.....

11. Haben Sie während der Zeit der Verfolgung einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem angehört?

ja

nein

Nennen Sie das entsprechende Zusatz- oder Sonderversorgungssystem:

.....

(z.B. Zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz; Freiwillige zusätzliche Altersversorgung für hauptamtliche Mitarbeiter des Staatsapparates; Sonderversorgung der Angehörigen der Nationalen Volksarmee; Sonderversorgung der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzugs)

12. Sind Sie wegen der Verfolgung aus einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem ausgeschieden?

ja

nein

Nennen Sie das entsprechende Zusatz- oder Sonderversorgungssystem:

.....

13. Waren Sie zu Beginn der Verfolgung

a) bergbaulich versichert?

ja nein

b) in Einrichtungen des Gesundheits- oder Sozialwesens beschäftigt?

ja, als nein

c) bei der Deutschen Post beschäftigt?

ja, als nein

d) bei der Deutschen Reichsbahn beschäftigt?

ja, als nein

e) in Einrichtungen nach der Anordnung über die Berechnung von Renten der Sozialversicherung für bestimmte Gruppen von Werktätigen vom 12. April 1976 beschäftigt?

ja, als nein

(zu Nr. 13: Bitte eine Bescheinigung der entsprechenden Einrichtung oder der Nachfolgeeinrichtung über Art und Dauer der Tätigkeit beifügen.)

14. Wurde Ihre Berufsausbildung durch eine Verfolgungsmaßnahme abgebrochen oder unterbrochen?

ja nein

a) Um welche Ausbildung handelte es sich?

.....

b) Genaue Bezeichnung des Berufsziels

.....

c) Nennen Sie den genauen Zeitraum der Unterbrechung:

vom.....bis.....

15. Wurden Sie durch eine Verfolgungsmaßnahme nach erfolgter Zulassung an der Durchführung, Fortsetzung oder am Abschluß eines Studiums gehindert?

ja nein

a) Genaue Bezeichnung des Studiums, Datum der Zulassung

.....

b) Wie lange dauerte das Studium laut Studienplan?

.....

c) Genaue Bezeichnung des Berufsziels

.....

Im Falle der Unterbrechung: Nennen Sie den genauen Zeitraum der Unterbrechung

vom.....bis.....

16. Waren Sie aufgrund einer Verfolgungsmaßnahme gehindert, Ihren erlernten Beruf auszuüben?

ja nein

Wo wollten Sie damals tätig sein?

(Bitte Bewerbungsschreiben oder ähnliches beifügen)

17. Wurde auch bereits Ihre Schulausbildung durch die Verfolgungsmaßnahme unterbrochen?

ja nein

Um welche Schulausbildung handelte es sich?

.....

Nennen Sie den genauen Zeitraum der Unterbrechung

vom.....bis.....

18. Haben Sie wegen der beruflichen Benachteiligung, die Gegenstand dieses Antrags ist, bereits früher einen Antrag gestellt?
(Bitte Antragsdurchschriften, Bescheid(e), Beleg(e) beifügen.)

Ja, ein Verfahren zur Behebung des Nachteils ist bereits beantragt.
Antrag vom bei
(bitte Behörde angeben)

Az.:
ein Anspruch wurde abgelehnt
durch Entscheidung des/der
vom:

Nein, es wurde bisher kein Verfahren eingeleitet.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Anlage(n):

Einverständniserklärung

Mein Sozialversicherungsausweis liegt zur Zeit in einem Verfahren nach/ auf

.....
.....
.....

(Bitte gesetzliche Grundlage des Verfahrens oder Art der geltend gemachten Ansprüche angeben.)

folgender Behörde vor:

.....
.....
.....
.....

Das Verfahren wurde am beantragt und läuft unter dem Aktenzeichen:

Ich bin damit einverstanden, daß das (Reha-Behörde) dort Auskünfte über meine Arbeitsrechts- und Sozialversicherungsverhältnisse einholt.

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift

Anlage zu Nr. 2

Angaben zu weiteren Arbeitsstellen

Zeitraum (Tag/Monat/Jahr): vom bis

Name und Sitz des Arbeitgebers/ Unternehmers	Haupterwerbszweck bzw. Funktion des Betriebes (ggf. der größeren Unternehmens- einheit)	Art der Tätigkeit (genaue Berufs- stellung)
.....
.....
.....

Wöchentliche Arbeitszeit: Vollzeitbeschäftigung ja

Bei stundenweiser Beschäftigung ab 1.1.1950:
tatsächliche Arbeitszeit in Stunden:.....

vollbetriebliche Arbeitszeit pro Woche in Stunden:.....

Erhöhter Beitragssatz zur bergbaulichen Versicherung: ja nein

Nur für Beschäftigte im Bereich der Seeschifffahrt/ Seefischerei:

Dienststelle/ Dienstgrad:.....

Fahrtbereich:.....

Art und Größe des Schiffes:.....